

Anmerkungen

- 1 UN-Doc.A/Res/3073(XXVIII) vom 30. November 1973, ohne Abstimmung angenommen.
- 2 UN-Doc.A/Res/3158(XXVIII) vom 14. Dezember 1973.
- 3 Turtle Bay (Schildkrötenbucht) ist die geographische Bezeichnung für den Teil Ost-Manhattans am East River, auf dem der UN-Gebäudekomplex steht.
- 4 UN-Doc.A/Res/3091(XXVIII) vom 7. Dezember 1973.
- 5 Siehe Tabelle »Veranlagungsschlüssel für die Ausgaben der Vereinten Nationen 1974, 1975 und 1976«, VN 21. Jg. (1973) Heft 6, S. 207.
- 6 UN-Doc.A/Res/3101(XXVIII) vom 11. Dezember 1973. — Deutsche Übersetzung siehe S. 59 dieser Ausgabe.
- 7 UN-Doc.A/Res/3093A(XXVIII) vom 7. Dezember 1973.
- 8 UN-Doc.A/Res/3093B(XXVIII) vom 7. Dezember 1973.
- 9 UN-Doc.A/Res/3078(XXVIII) vom 6. Dezember 1973.
- 10 UN-Doc.A/Res/3075(XXVIII) vom 6. Dezember 1973, ohne Widerspruch angenommen. Die Entschließung basiert auf einem Bericht des Generalsekretärs über die wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Rüstungswettlaufs.
- 11 UN-Doc.A/Res/3077(XXVIII) vom 6. Dezember 1973, einstimmig mit 118 Stimmen angenommen.
- 12 UN-Doc.A/Res/3076(XXVIII) vom 6. Dezember 1973, mit 103 Stimmen ohne Opposition bei 18 Enthaltungen angenommen.
- 13 UN-Doc.A/Res/3079(XXVIII) vom 6. Dezember 1973, mit 116 Stimmen ohne Opposition bei 12 Enthaltungen angenommen.
- 14 UN-Doc.A/Res/3183(XXVIII) vom 18. Dezember 1973 einstimmig angenommen.
- 15 UN-Doc.A/9341.
- 16 Die Bundesrepublik Deutschland stimmte für die Vertagung.

- 17 Am 12. Dezember 1973 ohne Abstimmung auf die Tagesordnung der 29. Generalversammlung gesetzt.
- 18 UN-Doc.A/Res/3166(XXVIII) vom 14. Dezember 1973, Text der Konvention im Anhang der Resolution.
- 19 UN-Doc.A/Res/3136(XXVIII) vom 14. Dezember 1973 mit 105 Stimmen ohne Opposition bei 23 Enthaltungen angenommen. — Deutsche Übersetzung siehe VN 1/1974 S. 15.
- 20 UN-Doc.A/Res/3061(XXVIII) vom 2. November 1973 mit 93 Stimmen bei 7 Gegenstimmen und 30 Enthaltungen angenommen. — Deutsche Übersetzung siehe S. 60 dieser Ausgabe.
- 21 Entscheidung vom 5. Oktober 1973 mit 72 gegen 37 Stimmen bei 13 Enthaltungen.
- 22 UN-Doc.A/Res/3057(XXVIII) vom 2. November 1973, ohne Widerspruch angenommen.
- 23 UN-Doc.A/Res/3068(XXVIII) vom 30. November 1973, mit 91 Stimmen bei 4 Gegenstimmen (Großbritannien, Portugal, Südafrika, Vereinigte Staaten) und 26 Enthaltungen angenommen.
- 24 UN-Doc.A/Res/3151-G(XXVIII) vom 14. Dezember 1973.
- 25 UN-Doc.A/Res/3111(XXVIII) vom 12. Dezember 1973 mit 107 Stimmen bei 2 Gegenstimmen (Portugal, Südafrika) und 17 Enthaltungen angenommen.
- 26 UN-Doc.A/Res/3187(XXVIII) vom 18. Dezember 1973 mit 113 ohne Gegenstimmen bei 17 Enthaltungen (Belgien, Dänemark, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien, Japan, Kanada, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Südafrika, Vereinigte Staaten) angenommen.
- 27 UN-Doc.A/Res/3081(XXVIII) vom 6. Dezember 1973.
- 28 UN-Doc.A/Res/3180(XXVIII) vom 6. Dezember 1973, ohne Abstimmung angenommen.
- 29 UN-Doc.A/Res/3171(XXVIII) vom 17. Dezember 1973. — Deutsche Übersetzung siehe S. 60 dieser Ausgabe.

Zur Bedeutung von UNCTAD in der Politik der BR Deutschland gegenüber den Entwicklungsländern¹

DR. MANFRED NITSCH

Sachliche und institutionelle Rahmenbedingungen

Das Aufrücken der Bundesrepublik Deutschland vom Beobachter zum Vollmitglied hat ihren Status in den zentralen Organen der Vereinten Nationen verändert. Damit erscheint auch ihr Verhalten in den Unterorganisationen in gewandeltem Licht: Probleme des Welthandels und des Währungssystems, der Kapitalhilfe, der Industrialisierung und der Welternährung geraten stärker als bisher in den Zusammenhang mit anderen Themen der Vereinten Nationen im Nord-Süd- wie im Ost-West-Verhältnis.

Um diesem engeren Gesamtzusammenhang mit einer neu definierten Gesamtkonzeption Rechnung zu tragen, ist vorgeschlagen worden, eine eher *statische, status-quo-sichernde Komponente* und eine eher *dynamische, auf Veränderung des Status quo gerichtete strukturbildende Komponente* in der deutschen UNO-Politik zu unterscheiden². Der ersten Komponente wären vor allem die sicherheitspolitischen Fragen zuzurechnen; die Politik der Bundesrepublik in diesem Bereich würde weitgehend außerhalb der Vereinten Nationen betrieben, etwa im Rahmen ihrer Bündnisse oder von KSZE und MBFR. Innerhalb der Vereinten Nationen lägen Aufgabe und Herausforderung aktiver Mitgliedschaft hingegen vorwiegend in der Entwicklung besserer Lebensbedingungen in der Dritten Welt.

Für diese dynamische Komponente kommt der Welthandelskonferenz (United Nations Conference on Trade and Development, UNCTAD) mit ihrem weitgespannten Aufgabenbereich eine entscheidende Bedeutung zu. Die deutsche Politik in den großen Konferenzen und den laufenden Ausschüßarbeiten der UNCTAD wäre demnach nicht mehr primär handelspolitisch zu konzipieren, sondern *UNO-politisch*: Die Wirtschafts- und Entwicklungspolitik hätte einen wichtigen Platz auf der strukturbildenden Komponente einzunehmen, wo ihr auch die Funktion zukäme, Unbeweglichkeiten auf der statischen Komponente, im sicherheitspolitischen Bereich, auszugleichen und damit zugleich auch die Frontstellungen im Bereich der Ismen (Kolonialismus, Imperialismus u. a.) pragmatisch aufzulockern.

Ein solcher Entwurf ist leichter formuliert als konkretisiert und durchgesetzt, denn gerade in der Außenwirtschaftspolitik stehen handfeste Einzelinteressen auf dem Spiel, und bisher stand die Bundesrepublik zusammen mit den anderen Industrieländern auf UNCTAD-Konferenzen eher am Pranger, als daß sie hier Anerkennung als aktiv-strukturbildendes Mitglied gefunden hätte.

Dabei entspricht es nicht nur dem UNO-politischen Spielraum der Bundesrepublik sondern auch ihren Gesamtinteressen, wenn sich das wachsende Unabhängigkeitsstreben der Entwicklungsländer primär in autonomer wirtschaftlicher Entwicklung manifestiert und weniger in sicherheitspolitischen, ideologischen und innenpolitischen Fragen herausgekehrt wird. Welches Profil die Entwicklungsländer in ihrer Politik gegenüber den Industrieländern letztlich zeigen werden, ist schwer vorherzusagen und noch schwerer gezielt zu beeinflussen; dennoch wird man bis zu einem gewissen Grade mit einer spiegelbildlichen Beziehung zum Verhalten der Industrieländer rechnen müssen. Das heißt, soll nicht an der Unabhängigkeit der Nationen als Grundpfeiler und Norm des internationalen Systems gerüttelt werden, dann wird wohl folgendes Verhaltensmuster zu erwarten sein:

Wenn die Industrieländer im sicherheitspolitischen und im wirtschaftlichen Bereich eine harte, d. h. die Unabhängigkeit der Entwicklungsländer eher beeinträchtigende als fördernde Politik machen und etwa bei den Menschenrechten und bei Bürgerkriegen eine weiche Linie verfolgen, d. h. sich dort auf das Nichteinmischungsprinzip berufen, dann kann es nicht verwundern, wenn in den Entwicklungsländern eine entsprechende, spiegelbildliche Politik gemacht wird. Umgekehrt wird eine Politik der Beeinflussung der Entwicklungsländer in Richtung auf Rüstungsbeschränkung und Sicherung der Menschenrechte und des Friedens nur dann erfolgversprechend sein, wenn allen Nationen im ökonomischen Bereich Gelegenheit zur Manifestation von Autonomie und Unabhängigkeit gegeben ist.

Um den eigenen Spielraum auf der dynamischen, wirtschafts- und entwicklungspolitischen UNO-Komponente voll nutzen zu können, ist es wichtig, zumindest die unnötigen und unwe-

sentlichen Selbstbeschränkungen bewußtseinsmäßiger und wirtschaftlicher Art abzubauen. Zwar wird es nicht möglich sein, alle Forderungen der Entwicklungsländer zu erfüllen, und es ist auch gar nicht sicher, ob selbst das beste Verhalten seitens der Industrieländer in der Dritten Welt Entwicklung bewirkt, aber ohne einen konzeptionellen Kompaß ist es unmöglich, festzustellen, ob die kleinen Schritte der laufenden Tätigkeit etwa bei Handelsverhandlungen überhaupt in die richtige Richtung getan werden.

Perzeption des Nord-Süd-Verhältnisses

Ein wichtiger Bestimmungsfaktor für die Beschränkung oder Erweiterung des eigenen politischen Spielraums liegt in dem Bild, das die Entscheidungsträger sich vom Nord-Süd-Verhältnis und seiner Dynamik machen: Das Gefälle im Durchschnittseinkommen zwischen armen und reichen Nationen im Verhältnis von ca. 1:10 bis 1:20 wird nach dem Bild vom *Aufholen* durch verdichtete Wirtschafts- und Kommunikationsbeziehungen quasi-automatisch wie durch die Schwerkraft eingeebnet. Nach dem Gegenbild von der scherenhaften *Entwicklung der Unterentwicklung* dagegen würde gerade die Verdichtung der Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern zu Unterentwicklung führen, — jedenfalls solange die Struktur nicht grundlegend verändert wird.

Ein differenzierteres Bild wird in der ›Entwicklungspolitischen Konzeption der Bundesrepublik Deutschland‹ vom 11. Februar 1971 und ihrer Fortschreibung entworfen. Danach ist der Ambivalenz in den Nord-Süd-Beziehungen durch ein ganzes Bündel von Maßnahmen zur Reform der internationalen Arbeitsteilung und der Kapitalhilfepraxis Rechnung zu tragen; angestrebt wird die *partnerschaftliche Zusammenarbeit*.

WE CAN NEITHER HAVE PERMANENT FRIENDS NOR PERMANENT ENNEMIES BUT ONLY PERMANENT INTERESTS

Lord Palmerston (1784—1865), englischer Staatsmann

Hartnäckigster Gegner dieser Entwicklungspolitischen Konzeption ist jedoch weder das Bild vom *Aufholen* noch das von der Schere, sondern die Einstellung zum Status quo als generell zu bewahrendem und zu verteidigendem *Gleichgewicht*. Und von der Auffassung vom Status quo als Gleichgewicht oder Ungleichgewicht hängt wiederum die Bewertung von Verhandlungspositionen und Lösungsvorschlägen als *partnerschaftlich* ab: Für die einen heißt Partnerschaft stets Leistung für Gegenleistung, für die anderen zunächst Beseitigung von Ungerechtigkeit oder gar struktureller Gewalt.

Mit einer *Rundum-Verteidigung des Status quo* wird der Blick für die Möglichkeiten und Notwendigkeiten auf der strukturbildenden, der Beseitigung von Ungerechtigkeiten und Asymmetrien dienenden Komponente in den Vereinten Nationen verstellt und gegenüber der Dritten Welt eine Festungsmentalität erzeugt, die den Entwicklungsländern wiederum das Gefühl vermittelt, stärkere Waffen einsetzen zu müssen. Von seiten der Entwicklungsländer wird nämlich häufig der Schlüssel zur Unterentwicklung bzw. zur Entwicklung nicht mehr isoliert etwa in Kapital, Außenhandel, Bildung, Sozialstruktur oder Technologie gesehen, sondern in dem umfassenden, facettenreichen Phänomen der *Abhängigkeit* (dependencia) bzw. Unabhängigkeit von den Industrieländern. Der Status quo wird also gerade aufgrund der Asymmetrie im wirtschaftlichen Bereich (Ausnahme: Ölländer) als Ungleichgewicht wahrgenommen.

So meint die im UNCTAD-Rahmen häufige Parallelisierung der wirtschaftlichen mit der politischen Unabhängigkeit und der wirtschaftlichen Rechte der Staaten mit den Menschenrechten, daß Maßnahmen zur Erlangung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit und zur Wahrnehmung von wirtschaftlichen Rechten nicht von Gegenleistungen abhängig gemacht werden dürfen, sondern denselben Legitimitätsrang haben wie politische Selbstbestimmung und Menschenrechte. Das unter Handelspolitikern beliebte Bild vom sportlich-friedlichen zweiseitigen ›Tauziehen‹ bei internationalen Verhandlungen wird in weiten Teilen der Dritten Welt (und in entwicklungspolitischen Kreisen hier bei uns) als mörderisches einseitiges Erdrosseln und Unterentwickeln aufgefaßt, wogegen nur Gegengewalt helfen könne.

Die bisher vorherrschende blinde Verteidigung auch der eindeutig ungerechten Seiten des Status quo ist von einem maßgeblichen Mitglied der Delegation der Europäischen Gemeinschaft auf der Dritten UNCTAD-Tagung mit den beherzigenswerten Worten kritisiert worden: »Wenn der Eindruck überhand nimmt, daß man sein Recht nicht mehr durch Verhandlungen erlangen kann, sondern es sich mit Gewalt nehmen muß, stehen im Bereich weltweiter Beziehungen grundstürzende Konflikte bevor.«³ Und ein Jahr später hat der algerische Außenminister Bouteflika während der Ölkrise auf den Zusammenhang zwischen restriktiver europäischer Handelspolitik und feindseliger arabischer Reaktion hingewiesen: »Der Wunsch der Ölländer, von der Gemeinschaft Einfuhrkontingente von lächerlichen 100 000 Tonnen für raffiniertes Erdöl eingeräumt zu bekommen, sei in den bisherigen Verhandlungen über die europäische Mittelmeerpolitik rundweg abgelehnt worden. Heute wäre Europa froh ... wenn es in Raffinerieerzeugnissen aus der arabischen Welt schwimmen könnte.«⁴

Konkretisierungen

Gerade in der *Handelspolitik* sind im Rahmen der UNCTAD immer wieder Relikte aus der Kolonialzeit angeprangert worden, für deren Beseitigung verständlicherweise eine ›partnerschaftliche Gegenleistung‹ verweigert wird: Mit Verarbeitungsgrad steigende Zölle bei tropischen Produkten; Quoten und andere nichttarifäre Handelshemmnisse für Erzeugnisse von besonderem Interesse für Entwicklungsländer; künstliche Ausrichtung von Wirtschaftsbeziehungen auf ehemalige Mutterländer u. a. m.

So haben die Verhandlungen der Europäischen Gemeinschaft mit den assoziierten und den assoziierbaren Entwicklungsländern auf dem Wege über die UNCTAD auch eine möglicherweise nicht unwesentliche UNO-politische Dimension. Das ›Tribunal‹, vor das die Europäische Gemeinschaft nach den Worten des EG-Sprechers im Rahmen der UNCTAD gezogen werden sollte⁵, ist zwar (noch) nicht zustande gekommen, aber der Vorwurf, mit Hilfe von Assoziationen koloniale Strukturen zu zementieren, läßt sich schlecht widerlegen. Selbst in den offiziellen Begründungen der EG wird stets auf die »gewachsenen«, »traditionellen« oder »historischen« (sprich: kolonialen) Bindungen hingewiesen.

Mögliche Schritte in Richtung auf eine partnerschaftliche Lösung der handelspolitischen Probleme mit der Dritten Welt wären etwa

- > die Unwiderruflichkeitserklärung der Allgemeinen Präferenzen, wobei das Herauswachsen von Ländern aus dem Kreis der Begünstigten durch statistische Indikatoren automatisiert werden kann;
- > die Ausrichtung handelspolitischer Maßnahmen am Entwicklungsstand⁶; beispielsweise könnte den am wenigsten entwickelten Ländern (LLDC), zu denen viele ›Alt-Assoziierte‹ gehören, völlig ungehinderter Marktzugang zu allen Produkten gewährt werden, solange sie noch eines oder zwei der Kriterien für diese Ländergruppe erfüllen;

> die Erhaltung der Präferenzmarge für Entwicklungsländer bei den GATT-Verhandlungen gegenüber den USA und Japan und bei Handelsverträgen mit sozialistischen Ländern.

In der *Währungspolitik* ist nicht ausgeschlossen, daß eine immobile, die Entwicklungsländer nur als lästige Bittsteller einstufoende Position ebenfalls erst durch das feindselige Auftrumpfen der Ölscheichs in Richtung strukturbildende Komponente modifiziert wird. Die Tendenz zur Verlagerung von Außenhandelsprozessen aus dem Zwanziger-Ausschuß (mit neun Entwicklungsländern) in den Fünfer-Club (ohne Entwicklungsländer) läßt jedenfalls solche Befürchtungen aufkommen.

Dabei hatten die Entwicklungsländer zeitweise eine Chance gesehen, mit folgendem Argument als lachende Dritte — und nicht als passive Opfer — aus dem währungspolitischen Gerangel zwischen den großen westlichen Industrieländern herauszukommen: Wenn die USA ihr Zahlungsbilanzdefizit ausgleichen wollten und die Europäer und Japaner nicht bereit seien, Defizite hinzunehmen, wenn also praktisch alle Industrieländer Handelsbilanzüberschüsse anstrebten, dann läge es doch im Interesse aller, daß die Entwicklungsländer ihre Handelsbilanzdefizite mit zusätzlicher Kapitalhilfe über den Währungsmechanismus (Sonderziehungsrechte mit dem sogenannten »Link« zur Entwicklungshilfe) finanzierten⁷. Zieht man den Schleier der währungspolitischen Expertensprache weg, ist es in der Tat eher eine Frage des politischen Willens, des Vertrauens und der Macht als ein Problem des technischen Arrangements oder des unterschiedlichen Inflationsschubs, ob etwa die Deutsche Bundesbank als Währungsreserven Dollar Guthaben hält oder ob sie direkt oder über den IMF indirekt Guthaben gegen Entwicklungsländer hält, ob also den USA oder den Entwicklungsländern über den Währungsmechanismus langfristige Kredite eingeräumt werden.

Nun wäre es politisch unrealistisch und wohl auch unklug, den Dollar voll durch ein Papiergold ablösen zu wollen, welches durch Forderungen gegen Entwicklungsländer mit chronisch defizitären Zahlungsbilanzen »gedeckt« würde. Aber eine wirklich partnerschaftliche, einvernehmliche, zwischen den westlichen Industrieländern, den Ölländern und den anderen

Entwicklungsländern ausgehandelte Lösung müßte doch Elemente eines solchen Systems enthalten, also etwa

- > die Zuteilung von Sonderziehungsrechten nach der Bevölkerungszahl⁸ oder nach anderen, für die Entwicklungsländer günstigen Kriterien;
- > den fallweisen Ausgleich von Verlusten, die den Entwicklungsländern durch währungspolitische Entscheidungen entstehen;
- > die Beteiligung der Entwicklungsländer an der Weiterentwicklung des internationalen Währungssystems (also Verzicht auf den Rückzug in Zehner- oder Fünfer-Clubs).

Zur Kompensation von Unbeweglichkeiten auf anderen Gebieten wird zuweilen auf die *Kapitalhilfe* verwiesen. Die Erfahrung lehrt jedoch, daß gerade unter dem Blickwinkel von nationaler Abhängigkeit bzw. Unabhängigkeit mit Finanzmitteln nichts ausgebügelt werden kann.

Jede Kapitalhilfepolitik enthält durch die Asymmetrie Gebernehmer unabdingbar ein vormundschaftliches Element, das durch Multilateralisierung über zwischenstaatliche oder halbprivate Institutionen und durch Differenzierung nach Teilproblemen (Kapitalverwendung, Deviseneinsatz, Reformpolitik) lediglich minimiert werden kann. Bei Verzicht auf solche vormundschaftlichen Kontrollen und Auflagen liefe die Kapitalhilfepolitik noch mehr als bisher Gefahr, die Abhängigkeit vom süßen Gift der weichen Kredite zu verewigen statt abzubauen. Ein Indiz dafür, daß solche Tendenzen bestehen, ist die Verschärfung des Schuldenproblems, die sich bereits unmißverständlich abzeichnet⁹; und auch auf der Geberseite scheint man sich stillschweigend-augezwinkend darauf einzustellen: Das Geld sind wir sowieso los!

Die Umwandlung bestehender Kredite in de-facto-Geschenke und die Vergabe von Kapitalhilfe als Geschenk wird jedoch die Beziehungen zur Dritten Welt politischen nicht entlasten sondern belasten. Außenpolitisch lassen sich wenige Aufgaben nennen, die undankbarer sind als die Auswahl von »Partnern« aus einer nahezu unendlich langen Warteschlange von Ländern, Institutionen und Projekten, die etwas geschenkt oder permanent gestundet bekommen wollen und sollen. Man muß wohl mit dieser Belastung durch den Wandel von Geschäftspartner- zu Bittstellerbeziehungen leben und kann nur ver-

Mit dem Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zu den Vereinten Nationen am 18. September 1973 begann nach den Worten des deutschen Außenministers eine neue Dimension der deutschen Außenpolitik. Das mußte sich auch in einer spürbaren Verstärkung der deutschen Botschaft am Sitz der Organisation in New York niederschlagen. Gegenwärtig ist die Botschaft mit rund 60 Personen besetzt, von denen fast 20 dem höheren Dienst angehören. Die Vielfalt der Aufgaben der Weltorganisation zwingt die Bundesrepublik in ihrem eigenen Interesse zu einer starken Besetzung ihrer Botschaft. — Das Bild zeigt (links) den »zweiten« Mann der deutschen UN-Botschaft, Gesandter Dr. Wolf Ulrich von Hassell, bei der Überreichung der Ratifikationsurkunde der Konvention über die Hohe See. Dr. von Hassell war vor Beginn seiner Tätigkeit in New York im Jahre 1969 einige Jahre Leiter des Referats Vereinte Nationen im Auswärtigen Amt. Neben ihm der Direktor der UN-Rechtsabteilung, F. Blaine Sloan.



suchen, bei der Kapitalhilfe wie bei der kommerziellen Verschuldung die Rückzahlungsfähigkeit stärker im Auge zu behalten, man wird aber im Gesamtzusammenhang der UNO-Politik von der Kapitalhilfe nur sehr begrenzt einen Ausgleich für das eher statische Verhalten auf der sicherheitspolitischen Komponente erwarten können.

Auch der *Technologietransfer* ist nicht von vornherein ein Feld, in dem dynamische, strukturbildende und unabhängigkeitsfördernde Effekte selbstverständlich wären. Schon hinter dem Begriff »Technologietransfer« scheinen sich viele unterschiedliche politische und wirtschaftliche Bedeutungen und Interessen zu verstecken: für die einen Verteilungs- und Beschäftigungspolitik, für andere nationale Kontrolle über multinationale Unternehmen, für dritte die Förderung von ausländischen Direktinvestitionen und für eine vierte Gruppe die selektive Anschlußgewinnung an den internationalen Stand der Technik. Je nach dem Gegenüber würden also als besonders partnerschaftlich empfunden: Die Förderung des Transfers und der autonomen Entwicklung von beschäftigungsintensiver intermediärer Technologie, die Strategie der Produktionsverlagerung von technisch reifen Erzeugnissen auf selbständige Betriebe im Entwicklungsland oder die Anschlußstrategie für die Produktion von ausgewählten, besonders wettbewerbsfähigen Fertigerzeugnissen, vorzugsweise aus eigenen Rohstoffen.

Die pauschale Verbilligung von Technologie für Entwicklungsländer kann hingegen den Aufbau eines eigenen Potentials behindern und Abhängigkeit und soziale Ungleichheit erhöhen. Das heißt aber gerade nicht, daß dortigen privilegierten Gruppen und hiesigen Interessen nicht an verdrängungsintensiver und abhängiger Industrialisierung gelegen sein kann.

Bei der Diskussion über das geplante deutsche Institut für Entwicklungsländer-Technologie¹⁰, das relativ stark an den Vorstellungen von UNCTAD orientiert sein soll, sind diese unterschiedlichen und teils widerstreitenden Interessen mehr oder weniger klar zutage getreten.

Es ist zu hoffen, daß die »mächtigen Interessen... die das Entstehen einer solchen (angepaßten) Technologie nicht wünschen«¹¹, auf das Institut keinen Einfluß gewinnen. Sonst ist kaum damit zu rechnen, daß eine Politik, die den Status quo im Sinne der UNO-Charta überwindet, zum herrschenden Prinzip erhoben wird.

Die hier beispielhaft skizzierten Konkretisierungen von partnerschaftlichen Lösungen bei den Problembereichen Handel, Währung, Kapitalhilfe und Technologietransfer zeigen, wie schwierig eine solche Politik auf der strukturbildenden Komponente der UNO-Politik ist. Auch bei den verwandten Problembereichen, die im Rahmen von UNCTAD und anderen UNO-Gremien verhandelt werden, sieht es nicht leichter aus: Multinationale Unternehmen, Schifffahrt, Versicherungen, Rohstoffabkommen, Rohstoffgewinnung aus dem Meer usw. Diese Schwierigkeiten sind aber vielleicht gerade Ausdruck der Notwendigkeit, eine strukturbildende (genauer: eine strukturverändernde) Politik zu betreiben, um, in den Worten der Internationalen Strategie für die Zweite Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen, »eine gerechtere und sinnvollere Wirtschafts- und Sozialordnung in der Welt herbeizuführen, eine Ordnung, in der sowohl die Nationen als ganzes wie auch die einzelnen Menschen das Recht auf gleiche Chancen haben« (Ziff. 12).

Eskalation des Vorurteils oder Partnerschaft

»Im Verhältnis zur Dritten Welt haben wir zu wählen zwischen einer Eskalation des Vorurteils und dem Versuch einer Partnerschaft, die diesen Namen verdient« (Eppler)¹². Wenn die Entscheidung zugunsten der Partnerschaft fallen soll, dann müßte die UNCTAD in der deutschen UNO-Politik uminterpretiert werden von einem Forum zum Ablocken von Forderungen der Entwicklungsländer in eine Organisation,

in welcher auch solche Strukturreformen vorangetrieben werden, welche die eigene Dominanz (etwa im Währungssektor) tangieren.

Eine solche Uminterpretation hätte zur Folge, daß bisher häufig als Nutzen aufgefaßte Erfolge bei der Verteidigung des Status quo sich nicht nur global-entwicklungspolitisch sondern im Gesamtsystem der UNO auch handfest-realpolitisch als Belastungen auswiesen, — dann nämlich, wenn die internationalen Erwartungen und Ansprüche auch auf der sicherheitspolitischen Komponente und bei den Ismen auf eine immobile Position stießen und die Bundesrepublik (bzw. die EG) damit Gefahr lief, das Profil einer hartgesottenen kapitalistischen Wirtschaftsmacht, vergleichbar den USA, zu erwerben, dabei noch ohne die »strukturbildenden« Fähigkeiten einer Großmacht und verwundbar¹³ gegenüber feindseligen Aktionen von Entwicklungsländern mit oder ohne Rückkoppelungen in das Ost-West-Verhältnis.

Auch der Rückschlag in die deutsche *Innenpolitik* sollte beachtet werden: Menschenrechte und Chancengleichheit für *alle Menschen* würden als konstituierende Normen unserer eigenen Gesellschaft an Glaubwürdigkeit einbüßen, wenn sich bei der Eskalation des Vorurteils das Nord-Süd-Verhältnis in den Köpfen der Menschen in ein Freund-Feind- oder Kosmos-Chaos-Verhältnis verwandelte. Als Hinweis auf die Gefahren, die es rechtzeitig zu sehen gilt, mag hier die Äußerung Epplers nach den Ereignissen von München-Fürstfeldbruck stehen: »Wer glaubt, wir könnten in einem Meer chaotischen Elends eine Insel der Seligen bilden, wird sich in einem Polizeistaat wiederfinden.«¹⁴

Wenn also die einseitige *Dependenz* der Entwicklungsländer durch partnerschaftliche wirtschaftliche *Interdependenz* und nicht durch im einzelnen unvorhersehbare, feindselige außen- und innenpolitische Konflikte abgelöst werden soll, dann ist ein gewisser Grad »geordneter« eigener Abhängigkeit hinzunehmen und sogar anzustreben.

Hier liegt die Bedeutung von UNCTAD im Gesamtzusammenhang einer auf Frieden und Entwicklung hin entworfenen globalen politischen Konzeption.

Anmerkungen

- 1 Dieser Artikel basiert auf der Studie des Verfassers »Optionen der Bundesrepublik Deutschland im Nord-Süd-Verhältnis — dargestellt am Beispiel von UNCTAD III unter besonderer Berücksichtigung der Europäischen Gemeinschaft und Lateinamerikas«, Stiftung Wissenschaft und Politik, S/214, Ebenhausen 1973.
- 2 Baudissin, Georg Graf von, Die Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland in der UNO. Probleme, Maßstäbe und Erwartungen, in: Vereinte Nationen, 5/1973, S. 148—152.
- 3 Kohlhaase, Norbert, Das Ende des Pragmatismus in der Entwicklungspolitik. Die Dritte Welthandelskonferenz in Santiago und ihre Konsequenzen, in: Europa-Archiv, 14/1972, S. 471—480, S. 478.
- 4 Süddeutsche Zeitung, 17. 12. 1973, S. 2.
- 5 Vgl. Mitteilung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften an den Rat über die Ergebnisse der dritten Tagung der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD), SEK (72) 3122 endg., Brüssel, 15. 9. 1972, Annex III/M, S. 8; United Nations, Proceedings of the United Nations Conference on Trade and Development, Third session, Santiago de Chile, 13 April to 21 May 1972, TD/180, New York, 1973, Vol. I, S. 38 f.
- 6 Vgl. die Vorschläge der Kommission, aaO (Anm. 5), S. 8.
- 7 Vgl. UNCTAD, Third session, The international monetary situation: Impact on world trade and development, TD/140, 28 January 1972, Ziff. 8.
- 8 Dieser Vorschlag stammt von Witte, Peter C., Linking SDRs to development, in: Financial Times, 22. 2. 1973, S. 6.
- 9 Vgl. UNCTAD, Third session, Debt problems of developing countries. Report by the UNCTAD secretariat, TD/118/Supp. 6, 28 December 1971.
- 10 Vgl. mehrere Beiträge in: Entwicklung und Zusammenarbeit Nr. 1/1974.
- 11 Eppler in seiner Rede anlässlich der Eröffnung der vierten UNIDO-Weltkonferenz für Entwicklungsbanken am 4. 6. 73 in Berlin, in der er die Zusage an UNCTAD bekräftigt, ein solches Institut einzurichten; abgedruckt in: BMZ, Entwicklungspolitik, Materialien Nr. 39, Juli 1973, S. 34—38.
- 12 Eppler, Erhard, Die Herausforderung der Erdölproduzenten. Neue Daten für die Politik, in: Frankfurter Rundschau, 29. 12. 1973.
- 13 Zur Frage der Verwundbarkeit der USA vgl. Bergsten, C. Fred, The Threat from the Third World, in: Foreign Policy, No. 11/1973, S. 102—124.
- 14 Eppler, Erhard, Rede in Espelkamp zur Eröffnung der Aktion »Brot für die Welt«, in: Frankfurter Rundschau, 3. 10. 1972.